



ANJA NIEDRINGHAUS / AP

Bombenabwurfstelle bei Kunduz*: „Jedes Haus hat zwei bis drei Tote zu beklagen“

BUNDESWEHR

Merkels Versprechen

Nach dem Desaster von Kunduz hat die Kanzlerin volle Aufklärung versprochen. Es blieb eine Ankündigung. Auch ein Jahr danach verdunkeln geheime Verschlussachen den Fall.

Die Kanzlerin hatte sich mit ihrem Namen verbürgt. Lange hatte sie laviert, aber am 8. September, vier Tage nach dem fürchterlichen Bombardement auf die zwei Tanklastzüge im Flussbett von Kunduz, fand Angela Merkel deutliche Worte: „Die lückenlose Aufklärung ist für mich und die ganze Bundesregierung ein Gebot der Selbst-

verständlichkeit“, versprach die Regierungschefin der Nation. Die Bundeswehr werde „mit allen zur Verfügung stehenden Kräften genau dazu beitragen“.

Der Anlass rechtfertigte das persönliche Versprechen Merkels. Am 4. September 2009 wurden auf Befehl des deutschen Oberst Georg Klein zwei Tanklaste in der afghanischen Provinz

Kunduz bombardiert. Bis zu 142 Menschen starben, darunter zahlreiche Zivilisten. Es war ein Ereignis, das die Wirklichkeit des Krieges nach Deutschland brachte.

Die Regierung versuchte allerdings nach Kräften, diese Wirklichkeit immer nur sehr gefiltert in Deutschland ankommen zu lassen. Der Beschuss von Kunduz wurde vertuscht, beschwichtigt und klein-geredet, so gut es ging. Daran hat sich bis heute wenig geändert.

Ein Jahr später wird anhand interner Unterlagen aus dem Kanzleramt, dem Auswärtigen Amt und dem BND deutlich, wie früh Berlin wusste, dass entgegen den offiziellen Reaktionen viele Zivilisten unter den Toten von Kunduz waren. Die Dokumente zeigen, wie schnell der Bundesregierung klar war, dass in Kunduz ein fürchterlicher Fehler geschehen war.

Schon am Tag des Kunduz-Einsatzes warnte ein deutscher Diplomat in einer internen Stellungnahme, „dass diese Welle in deutscher Öffentlichkeit ‚Tsunami-Qualität‘ im Wahlkampf erreichen könnte“. Das sollte verhindert werden, mit allen Mitteln.

Die Akten, die Guttenberg der Öffentlichkeit zugänglich machen wollte, sind noch immer als geheim eingestuft. Das Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen Oberst Georg Klein, der die Bombenabwürfe angeordnet hatte, wurde eingestellt. Angeblich war sein Handeln nach den maßgeblichen Kriterien des humanitären Konfliktvölker-



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Verteidigungsminister Guttenberg*: Von lückenloser Aufklärung keine Spur

* Oben: bei einer Inspektion durch deutsche und US-Soldaten am 5. September 2009; unten: am 22. April vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.



JENS SCHLÜETER / DDP

Oberst Klein: Ziviltote nicht kategorisch ausschließen

rechts rechtmäßig. Ein Gerichtsverfahren, in dem diese Einschätzung hätte geprüft werden können, hat es nicht gegeben.

Anhaltspunkte für ein Dienstvergehen des Obersts fand der Inspekteur des Heeres nach viermonatiger Prüfung nicht. Der Chef des Einsatzführungsstabs und der diensthabende Presseoffizier, die am 4. September die Nachricht vom „erfolgreichen Einsatz gegen Aufständische im Raum Kunduz“ verbreiteten, verrichten weiter ihren Job.

Die Diplomaten des Auswärtigen Amtes gingen schon am Tag der Bombardierung von einer anderen Version aus als jener, die das Verteidigungsministerium verbreitete. Im Auswärtigen Amt kursierte eine Meldung der Nachrichtenagentur ddp vom 4. September, Freitagnachmittag, rund 17 Stunden nach dem Einsatz.

Die Agentur meldete unter Berufung auf das Verteidigungsministerium, mit dem Bombenabwurf sei ein Selbstmordattentat der Taliban verhindert worden, und zitiert Verteidigungsstaatssekretär Thomas Kossendey, man habe so reagieren müssen, weil „höchste Gefahr im Verzug“ geherrscht habe. Per Mail kommentiert einer der zuständigen Diplomaten ironisch: „Dieser Erklärungsversuch ist vollkommen logisch und nachvollziehbar und demnächst können Kühe fliegen ... Der gute Kossendey hat sich m. E. hier mächtig vergaloppiert. Sehr ärgerlich!“

Auch im Kanzleramt war man früh darüber informiert, dass an der Version des Verteidigungsministeriums einiges nicht stimmen konnte. Zwei Tage nach

dem Militärschlag wendete sich der höchstrangige Militär im Kanzleramt, Erich Vad, an Merkels außenpolitischen Berater Christoph Heussen. Nach Rücksprache mit dem Einsatzführungskommando der Bundeswehr könne man „entgegen der derzeitigen Presselinie“ des Verteidigungsministeriums „Ziviltote nicht kategorisch ausschließen“, schrieb er.

Den Regierungsapparat erreichten vor Merkels Rede im Bundestag noch weitere Warnungen.

Der BND etwa berichtet über ein Gespräch zweier Dorfbewohner: „Es kamen fünf Mudschahidin und circa 30 Zivilisten ums Leben“, sagt einer der Männer und schimpft auf einen der örtlichen Taliban-Kommandeure: „Es war so, dass der Abdul Rahman, dieser Idiot, die Tanker dort abgestellt hat ... Die fünf toten Mudschahidin gehören zu den Männern von Maulawi Abdul Rahman. Aber unsere Dorfbewohner sind alle tot! Allein nach Isa Khel haben sie 10 bis 15 Leichen geholt. Jedes Haus hat zwei bis drei Tote zu beklagen!“

So geht es weiter, Telefonat um Telefonat, einer der Afghanen sprach von „circa 150 toten Dorfbewohnern“ und klagte: „Oh Gott, oh Gott, das ist aber eine große Katastrophe.“ Sein Gesprächspartner nannte es ein „unmögliches Desaster“. Viele Dutzend solcher Gespräche hörte der BND ab und schickte Abschriften nach Berlin. Dort lagern sie, als geheime Verschlussache gestempelt, in den Archiven. Von der versprochenen lückenlosen Aufklärung keine Spur.

MATTHIAS GEBAUER, HOLGER STARK

AFGHANISTAN

Ein Leben ohne Arm

Der Bauer Nur Jan zapfte vor einem Jahr Benzin und wurde zum Krüppel. Das Bombardement vom Kunduz-Fluss zerstörte seine Existenzgrundlage.

Er wäre lieber tot, sagt Nur Jan. Besser gar nicht mehr, als so weiterleben zu müssen. Der Mann mit den eingefallenen Wangen sieht an sich herunter. Von seinem rechten Arm ist unterhalb des Ellenbogens nur ein Stummel übrig, er kann ihn kaum bewegen. Den Makel, nichts anderes ist eine Behinderung in Afghanistan, versteckt der Bauer in seinem verschmutzten Gewand. Damit, sagt er, sei er kein Mann mehr, nur „ein halber Mensch“. Seine Familie, seine Frau und die vier Kinder könne er nicht ernähren. Er stehe nur im Weg, schäme sich als Krüppel.

Nur Jan wäre fast gestorben. Vor einem Jahr, am 4. September, gut anderthalb Stunden nach Mitternacht. Mit einem Plastikkanister rannte der Bauer aus seinem Dorf Omar Khel zum Kunduz-Fluss. Seine Nachbarn hatten Nur Jan aus dem Haus gerufen, kurz nach dem traditionellen Mitternachtsessen im Fastenmonat Ramadan. Auf einer Sandbank, festgefahren im Kies und im Schlamm, stünden zwei Tanklaster. Eine ganze Traube von Dörflern, um die hundert Menschen, teilweise waren sie eine Stunde zum Fluss gelaufen, füllten sich Benzin aus ihnen ab.

Wenn Nur Jan von der Septembernacht vor einem Jahr erzählt, er bewegt den Mund kaum dabei, kann er sich nur noch bis zur Explosion erinnern. Es blitzte plötzlich auf wie bei einem Gewitter, sagt er, dann ging alles in Flammen auf. Nur Jan wachte erst einen Tag später in einem Krankenhaus in Kunduz auf. Seine Hand war notdürftig amputiert, sein Bein stark verbrannt, alles schmerzte. Irgendjemand erzählte von zwei Bomben, abgeworfen von US-Kampffjets. Viel mehr weiß Nur Jan bis heute nicht über die Nacht am Kunduz-Fluss.

Wie alt er heute ist, kann Nur Jan nicht genau sagen. Auf seiner Wahlkarte, einem zerfledderten Stück Papier in einer Plastikhülle, die er stets bei sich trägt, steht als Geburtsjahr 1982. Ungefähr komme das wohl hin. Seit kurzem nun, einige Tage vor dem Beginn des Ramadan muss das gewesen sein, steckt in der Folie mit seinen Habseligkeiten und ein bisschen Geld auch eine sehr moderne blaue Plastikkarte mit seinem Foto. Sein Name steht da in Großbuchstaben, darüber eine